



NATIONALE
STELLE
ZUR
VERHÜTUNG
VON
FOLTER

Bundesstelle

Besuchsbericht

Uckermark-Kaserne, Prenzlau

Besuch vom 27. April 2017

Az.: 223-1/17

Inhalt

A	Informationen zur besuchten Einrichtung und zum Besuchsablauf.....	2
B	Weiteres Vorgehen.....	2

A Informationen zur besuchten Einrichtung und zum Besuchsablauf

Die Nationale Stelle ist der Präventionsmechanismus nach Art. 3 des Fakultativprotokolls der Vereinten Nationen zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Sie hat die Aufgabe, zum Zweck der Wahrung menschenwürdiger Unterbringung und Behandlung im Freiheitsentzug regelmäßig Orte der Freiheitsentziehung zu besuchen, die Aufsichtsbehörden auf Missstände aufmerksam zu machen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge vorzulegen.

Im Rahmen dieser Aufgabe besuchte eine Delegation der Bundesstelle zur Verhütung von Folter am 27. April 2017 die Uckermarck-Kaserne in Prenzlau.

Die Bundesstelle kündigte den Besuch beim Kommando Territoriale Aufgaben an. Sie traf um 14:15 Uhr in der Kaserne ein und wurde vom Stellvertretenden Bataillonskommandeur und Kasernenkommandanten empfangen, der derzeit zusätzlich Standortältester der Uckermarck-Kaserne ist.

Anschließend besichtigte sie den Arrestbereich, der über zwei möblierte Arresträume sowie einen unmöblierten Sicherheitsarrestraum verfügt, der lediglich mit einer im Boden eingelassenen Toilette ausgestattet ist. Im Anschluss nahm die Besuchsdelegation Einsicht in die Dokumentation des letzten Arrestfalls aus dem Jahr 2015. Zwischen 2015 und 2017 war in der Uckermarck-Kaserne lediglich ein Soldat im Arrest untergebracht. Die Unterbringung im Arrest fand im Jahr 2015 statt und dauerte drei Tage.

Der Besuch gab keinen Anlass für Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge.

B Weiteres Vorgehen

Die Ergebnisse des Besuchs werden in den Jahresbericht 2017 aufgenommen, den die Bundesstelle gemeinsam mit der Länderkommission erstellt und an die Bundesregierung, die Landesregierungen, den Deutschen Bundestag und die Länderparlamente richtet. Außerdem werden Bericht und Stellungnahme ohne Namen von Personen auf der Homepage der Nationalen Stelle verfügbar gemacht.

Wiesbaden, den 4. Mai 2017